

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

18. WP - 149. Sitzung

am Donnerstag, dem 24. Februar 2017, 9 Uhr,
im Sitzungszimmer 139 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Thomas Rother (SPD)

Vorsitzender

Tobias Koch (CDU)

Hans Hinrich Neve (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Stefan Bolln (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eka von Kalben (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Torge Schmidt (PIRATEN)

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Bericht der Landesregierung zur Verwertung der landeseigenen Grundstücksflächen an der Kronsfordter Landstraße in Lübeck	4
(Fortsetzung der Beratung vom 16. Februar 2017)	
2. Information/Kenntnisnahme	6
Umdrucke 18/7224 und 18/7396 - Verfassungsschutz	
Umdruck 18/7397 - Veräußerung der Liegenschaft in Salzbau	
3. Verschiedenes	7

Der Vorsitzende, Abg. Rother, eröffnet die Sitzung um 9:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung zur Verwertung der landeseigenen Grundstücksflächen an der Kronsfordter Landstraße in Lübeck

(Fortsetzung der Beratung vom 16. Februar 2017)

Finanzministerin Heinold teilt mit, dass sich die Landesregierung verständigt habe, die Grundstücke wieder für 3,5 Millionen € an die Hansestadt Lübeck zu verkaufen und mit der Auflage zu verbinden, 30 % sozialen Wohnungsbau zu realisieren. Diese Änderung im Haushaltsgesetz werde Bestandteil des Nachtragshaushalts sein, über den das Kabinett am 28. Februar 2017 beraten werde.

Frau Söller-Winkler, Staatssekretärin im Innenministerium, äußert, die Erwartung des Landes, in wesentlichem Umfang Sozialwohnungen zu errichten, sei zwar anspruchsvoll, aber nach den Berechnungen der Investitionsbank auf der Grundlage des bestehenden Bebauungsplans machbar. Wenn die Quote von 30 % aus wirtschaftlichen Gründen nicht erreicht werde, sei eine Abweichung nach unten möglich.

Der Vorsitzende legt Wert darauf, dass keine Zeit verloren werde, der Bebauungsplan nicht geändert werden müsse und die Wohnungen möglichst schnell gebaut würden.

Ministerin Heinold informiert den Finanzausschuss, dass folgende Haushaltsermächtigung vorgesehen sei:

„Von den entstehenden Wohneinheiten sollen 30 von 100 sozial gebunden sein. Dieser Anteil darf nur unterschritten werden, wenn eine Prüfung der Investitionsbank ergibt, dass seine Einhaltung die Wirtschaftlichkeit der Maßnahme gefährdet.“

Abg. Koch kritisiert, dass die Landesregierung dem Ausschuss keinen schriftlichen Bericht vorgelegt habe. Während Staatssekretärin Söller-Winkler in der letzten Sitzung noch von einem Antrag für die März-Tagung des Landtags gesprochen habe, solle der Grundstücksverkauf jetzt im Wege einer Ermächtigung im Nachtragshaushalt erfolgen „mit ungewissem zeitlichen Verlauf“. Die Landesregierung solle keine erschwerenden Auflagen (30 % sozialer

Wohnungsbau) erteilen, sondern die Grundstücke so schnell wie möglich dem Wohnungsmarkt zur Verfügung stellen.

Staatssekretärin Söller-Winkler erinnert daran, dass auch die Hansestadt Lübeck das Ziel sozialer Wohnungsbau verfolge und der bestehende Bebauungsplan zweigeschossigen, qualitätsvollen sozialen Wohnungsbau und damit gemischte Quartiere ermögliche. Man werde gemeinsam mit der Hansestadt Lübeck und der Investitionsbank sehr schnell weiterkommen. Sollte sich der soziale Wohnungsbau nicht in dem gewünschten Umfang realisieren lassen, habe man die Möglichkeit, von der Quote nach unten abzuweichen.

Abg. Dr. Garg spricht sich dafür aus, die Grundstücke für 3,5 Millionen € zu verkaufen und das Ziel moderner sozialer Wohnungsbau zu verwirklichen, aber auf die Vorgabe einer festen Quote zu verzichten.

Ministerin Heinold äußert, die Landesregierung habe das Ziel, vermögenschonend vorzugehen und den sozialen Wohnungsbau voranzutreiben.

Auf eine Frage von Rechnungshofpräsidentin Dr. Schäfer macht Staatssekretärin Söller-Winkler noch einmal deutlich, die Planungs- und Gestaltungshoheit liege bei der Stadt. Wenn die Baukosten des Investors höher ausfielen als von der Investitionsbank berechnet, könnte der Anteil des sozialen Wohnungsbaus niedriger ausfallen.

Abg. Herdejürgen hält als Fazit fest, dass der Finanzausschuss dem Kaufpreis von 3,5 Millionen € und dem Ziel sozialer Wohnungsbau zustimme und sich dafür einsetze, dass die Grundstücke möglichst schnell bebaut würden.

Staatssekretärin Söller-Winkler sagt zu, dass das Land keine Änderung des bestehenden Bebauungsplans fordern werde. Der Verkaufsvertrag sehe eine Mehrerlösklausel vor. In der haushaltsrechtlichen Ermächtigung werde offengelassen, wieweit von der 30-Prozent-Quote nach unten abgewichen werden könne.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

[Umdrucke 18/7224](#) und [18/7396](#) - Verfassungsschutz

[Umdruck 18/7397](#) - Veräußerung der Liegenschaft in Salzau

Abg. Koch bedauert, dass die Finanzministerin den Finanzausschuss über den Stand der Verkaufsverhandlungen zu Salzau am Ende der Legislaturperiode nicht mehr so offensiv informiert habe wie zu Beginn der Legislaturperiode.

Der Finanzausschuss nimmt die drei aufgeführten Umdrucke zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Ministerin Heinold kündigt einen Umdruck zur Aktenvorlage in Sachen HSH Nordbank an. Der Finanzausschuss wird sich in seiner nächsten Sitzung, am 9. März 2017, mit dem Verfahren der Akteneinsichtnahme befassen.

Der Vorsitzende, Abg. Rother, schließt die Sitzung um 9:25 Uhr.

gez. Thomas Rother

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer